

Klimastreik in Hessen: Kirchen fordern endlich echte Politikmaßnahmen!

Am 14. Februar mobilisieren hessische Kirchen für Klimagerechtigkeit und rufen zur Teilnahme am bundesweiten Klimastreik auf.



Am 14. Februar 2025 mobilisieren verschiedene Zentren der Evangelischen Kirchen in Hessen zur Teilnahme an einer Demonstration mit der Bewegung Fridays for Future. Der Aufruf erfolgt vor dem Hintergrund des dringenden Bedarfs für eine klimagerechte Welt und einer lebenswerten Zukunft. Beteiligt sind unter anderem die Zentren Bildung und Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), das Zentrum Oekumene der EKHN, die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) sowie der Ausschuss Umweltverantwortung der EKKW. EKKW-Umweltpfarrer Michael Böttcher hat die Mitteilung verbreitet, in der die kritische Lage der Klimakrise betont wird.

Die Einrichtungen äußern sich besorgt über die mangelnde politische Aufmerksamkeit für die Klimakrise in den vergangenen Monaten. Sie heben hervor, dass eine gerechte und friedliche Welt nur durch ein ernsthaftes Angehen der Klimakrise möglich ist. Die Forderung, dass Politik und Parteien den Klimaschutz unabhängig von Wahlkampf oder aktuellen Wetterereignissen konsequent verfolgen, wird unterstützt. Zudem wird auf die alarmierende Tatsache hingewiesen, dass im Jahr 2024 die 1,5-Grad-Marke erstmals global überschritten wurde, was die Dringlichkeit des Handelns unterstreicht. Der menschengemachte Klimawandel schreitet mit einer beispiellosen Geschwindigkeit voran.

Forderungen der Protestierenden

Der bundesweite Klimastreik, der von Fridays for Future ins Leben gerufen wurde, findet eine Woche vor der Bundestagswahl am 14. Februar statt. Ziel ist es, ein Bekenntnis der politischen Parteien zur Netto-Klimaneutralität bis 2035 einzufordern. Die Berliner Demonstration, die am Brandenburger Tor startet, wird von der Initiative dazu genutzt, Politiker für ihre Ignoranz gegenüber der Klimakrise zu kritisieren. Es wird gewarnt, dass ohne konsequentes Handeln Katastrophen wie die verheerenden Brände in Kalifornien zur Normalität werden könnten.

Ein zentrales Anliegen der Protestierenden ist es, ein sicheres Zukunftsversprechen von der nächsten Bundesregierung zu verlangen. Deutschland steht vor der Herausforderung, den Gasausstieg einzuleiten und neue Gasbohrungen zu stoppen, um bis 2035 netto-klimaneutral zu werden. Die Forderungen umfassen zudem eine Stärkung der sozialen Gerechtigkeit sowie die Bezahlbarkeit von klimafreundlichem Verhalten. Ein besonderer Vorschlag umfasst die Schaffung eines Fonds zur finanziellen Absicherung der Bevölkerung bezüglich Klimaanpassung und Katastrophenhilfe. Des Weiteren wird gefordert, Superreiche und fossile Unternehmen höher zu besteuern, um die notwendigen Transformationskosten zu

decken.

Klimagerechtigkeit im Fokus

Die Diskussion um Klimagerechtigkeit hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Historisch gesehen tragen Länder des Globalen Nordens eine größere Verantwortung für den Klimawandel. Die ärmsten Länder weisen deutlich niedrigere Pro-Kopf-Emissionen auf, während die reichsten 10% der Bevölkerung in Europa einen erheblicheren Anteil an den Treibhausgas-Emissionen haben als die ärmsten 50% zusammen. Bei Naturkatastrophen sind besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen betroffen, was zeigt, wie stark die Klimakrise bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten verstärkt.

Die zivilgesellschaftliche Klimabewegung ruft daher zur Auseinandersetzung mit Fragen der Gerechtigkeit auf, insbesondere in Bezug auf die Verteilung von Emissionsminderungen und die Teilhabe an Entscheidungen. Der Fähigkeits- und Bedarfsansatz bieten zusätzliche Orientierung für die Bewertungsmethoden von Klimaschutzverpflichtungen. Letztlich zielt der Einsatz auf die Begrenzung der globalen Erderwärmung auf höchstens 1,5 Grad ab, was eine gerechtere Verteilung der Lasten von Klimaschutzmaßnahmen erforderlich macht.

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl wird das öffentliche Bekenntnis zu den Themen Klima- und Gerechtigkeit von den Protestierenden als Maßnahmen für eine sichere und gerechte Zukunft angesehen. Die Stimmen der Demonstrierenden werden lauter, um die Dringlichkeit ihrer Anliegen zu unterstreichen, und die Hoffnung auf entscheidende politische Veränderungen bleibt bestehen.

Für weitere Informationen zum Thema können Sie **EKKW**, **evangelisch.de** und **bpb.de** besuchen.

Details

Quellen

- www.ekkw.de
- www.evangelisch.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net